

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

12 (6.4.1946)

100 Prozent...
Stellungnahme...
zur Erzeugung...
halten werden...



BADISCHE
NEUFESTE NACHRICHTEN



Verlag: Badendruck GmbH.
Karlsruhe a. Rh., Lammstraße 1b-3, Tel. 4051/53.

1. Jahrgang

Karlsruhe, Samstag, 6. April 1944

Nummer 12

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.
Monatlich Bezugspreis RM 2,20, durch die Post...

Nürnberger Prozeß
Hingebungsvoll für Monarchie, Demokratie u. Nazismus!

Der „symbolhafte“ Keitel diente allen - „Nicht eigentlich“ Chef des OKW

Nürnberg, 5. April. (DANA) Ich habe mit großer Hingebung unter dem Kaiser, unter Ebert...

wünschte. Außerdem sei er bei sämtlichen Besprechungen der Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile...

„Militärische Demonstration“ auf dem Obersalzberg
Im weiteren Verlauf der Verhandlung sprach Keitel über die Vorgesichte des Anschlusses von Österreich...

DANA funkt:
Aus aller Welt

Washington. Der Präsident des amerikanischen jüdischen Kongresses, Rabbi Stephan Wise, so gibt UP bekannt, rief die amerikanischen Juden auf...

Das OKW „nur Arbeitsrat“ Hitlers
Keitel erklärte weiter: „Diese Bezeichnung: Chef des OKW war eigentlich nicht zutreffend. Das ist mir aber erst jetzt im Verlauf des Prozesses klar geworden.“

Einmalige Vermögensabgabe geplant
Finanzminister Dr. Cahn-Garnier über Wirtschafts- und Steuerfragen
Heilbronn, 5. April. (DANA) Dr. Frh. Cahn-Garnier, der württembergisch-badische Finanzminister...

Verhandlung über Iranproblem vertagt
Brief Gromyko an den Sicherheitsrat - Russisch-iranische Vereinbarung
London, 5. April. (AP) Der Inhalt des Briefes des sowjetischen Delegierten Andrei Gromyko an den Sicherheitsrat über die iranische Frage...

Zur Nazi-Konspiration
Frankfurt, 5. April. (DANA) Im Zuge der Aktion gegen die Untergrundbewegung der ehemaligen Hitlerjugendmitglieder am 31. März wurden eine Anzahl Frauen verhaftet, die im Verdacht stehen...

Verhandlung über Iranproblem vertagt
Brief Gromyko an den Sicherheitsrat - Russisch-iranische Vereinbarung
London, 5. April. (AP) Der Inhalt des Briefes des sowjetischen Delegierten Andrei Gromyko an den Sicherheitsrat über die iranische Frage...

Wortlaut des russisch-iranischen Abkommens
Die iranische Regierung veröffentlichte folgendes Kommuniqué über den Abschluß des russisch-iranischen Abkommens. „Die in Moskau zwischen dem Ministerpräsidenten Iran und der Sowjetregierung eingeleiteten Verhandlungen wurden in Teheran...

Zur Nazi-Konspiration
Frankfurt, 5. April. (DANA) Im Zuge der Aktion gegen die Untergrundbewegung der ehemaligen Hitlerjugendmitglieder am 31. März wurden eine Anzahl Frauen verhaftet, die im Verdacht stehen...

Letzte Neuigkeiten
London, 6. April. (DANA) Die Delegierten von 18 europäischen Nationen nahmen am 5. April in der Londoner Erntezusammenkunft eine fünf Punkte umfassende Entscheidung an, die zur strengsten Einsparung von Brotgetreide in allen bei der Konferenz vertretenen Ländern führen soll...

Letzte Neuigkeiten
London, 6. April. (DANA) Die Delegierten von 18 europäischen Nationen nahmen am 5. April in der Londoner Erntezusammenkunft eine fünf Punkte umfassende Entscheidung an, die zur strengsten Einsparung von Brotgetreide in allen bei der Konferenz vertretenen Ländern führen soll...

Wohnen, Bauen, Daheimsein

Man kann den Menschen nicht nur mit der Art todschlagen, sondern auch mit der Wohnung...

Wollten wir den Rechenschieber nehmen, Unterbringungsbedürfnisse für die Obdachlosen, Flüchtlinge usw. in dem noch vorhandenen Wohnraum zu erschließen...

Die andere Menschen aber, die Schuldigen, Mitschuldigen, Mitläufer usw., die mit dem fiesken Fragebogen...

Man kann hier Zille ergänzen und sagen: Eine Änderung der Widerstände gegen das Errichten neuer Wohnungen kann nur herbeigeführt werden...

Es geht auf keinen Fall mehr an, daß einige zusehen und die anderen arbeiten. Hier müssen alle anpacken. Die gesamte Aufgabe geht uns alle an...

Die Frage des Wohnens, Bauens und Daheimseins ist die Schicksalsfrage, die im Interesse aller Menschen gelöst werden muß.

Mahnung an die Arbeitswilligen Stuttgart, 5. April. (DANA) In einem Rundschreiben an die Leiter der Arbeitsämter weist der Präsident des Landesamtes Württemberg-Baden darauf hin...

Es könne nicht länger zugelassen werden, daß während die einen täglich ihre Pflicht tun, andere sich durch Schieber und Schieberhandlungsleute ein leichtes Leben machen...

In den zerstörten Städten müsse zum „Aufbaudienst“ aufgerufen werden. In den nicht zerstörten Städten und Gemeinden sollen alle Handwerker und Baubetriebe wetteifern...

Aus dem Gewerkschaftsleben

Internationale Unterstützung deutscher Gewerkschaftsbewegung

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung wird die volle Unterstützung der internationalen Gewerkschaften erhalten...

Gottfardt berichtete: Nach London seien die Wünsche der Gewerkschaften gelangt, dort seien sie bearbeitet und dort sei auch alles, was heute als Grundlage für den Wiederaufbau...

Gewerkschaftsbewegung nicht zersplittert Der in Amerika verbreitete Ansicht, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zersplittert sei...

Das neue Arbeitsgerichtsgesetz

Oertliche Berufsarbeitsgerichte in ganz Deutschland

Berlin, 4. April. (DANA) Der Alliierte Kontrollrat hat ein neues Arbeitsgerichtsgesetz erlassen...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Zur Befugnis der Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten sind die Gerichte in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Die deutschen Arbeitsgerichte unterstehen, lediglich zum Zwecke der Verwaltung, den deutschen Provinz- oder Landesarbeitsbehörden...

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Zur Befugnis der Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten sind die Gerichte in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Zur Befugnis der Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten sind die Gerichte in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Die Gerichte werden in der ersten Hälfte des Jahres 1946 in allen Bundesländern errichtet.

Die Gerichte setzen sich aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen und bearbeiten die Fälle, in denen Streitigkeiten in Arbeitsangelegenheiten auftreten.

Das freie Wort

Herr Hugo Reinhardt, Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 34, sendet uns folgende Zuschrift:

Es gibt immer noch Menschen, die glauben, auf Grund ihrer Stellung die sie inne haben, ein Vorrecht zu haben...

Herr Kühn, Weinbrennerstr., gibt folgende Antwort auf meine Zuschrift...

Schluß mit Olympia-Revue Aus der Fülle der Zuschriften, die uns im Anschluß an die Kritik „Es nannte sich Olympia-Revue“ zugegangen sind...

„Auf Grund Ihres Anlasses wurde ich heute den letzten von Mitgliedern des Kulturbundes Karlsruhe angerufen und besucht...

Die Rückführung von Jugoslawen Wiesbaden, 5. April. (DANA) Die jugoslawische Regierung hat in einem Gesetz...

General Lucius D. Clay zum Fall Schöneberg Berlin, 5. April. (DANA) Der stellvertretende Militärbefehlshaber in der amerikanischen Besatzungszone...

SPD und KPD Südbaden für Vereinigung Freiburg/Br., 5. April. (DANA) Die badische Zeitung der „Süd-Kurier“ veröffentlicht eine Entscheidung der SPD und KPD...

Spaltung innerhalb der Berliner SPD Berlin, 5. April. (DANA) Die Loslösung von SPD-Parteimitgliedern, die Weigerung...

Die tapferen Frauen von Kaubersdorf Hoch klingt das Lied der Frau'n vom Dorfe Kaubersdorf...

Nachrichten aus den Zonen Amerikanische Zone: Mannheim. Der Zusammenschluß mehrerer Industrie- und Handelszweige...

Frankfurt. Der ehemalige SS-Mann Nikolaus Hartmann wurde vom Militärgericht Ludwigsburg wegen Mithandlung eines verurteilten amerikanischen Piloten zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Frankfurt. General Geoffrey Keyes, der Befehlshaber der kürzlich aufgelösten 7. Armee, hat während der Abwesenheit des Generals Lucius D. Clay...

Frankfurt. Die Sozialdemokratische Partei in Groß-Hessen zählte 52.000 Mitglieder, wie das Parteivorstand in Frankfurt bekanntgab...

Frankfurt. Die Kriegerverbände Nikolaus Fachinger und Heinrich Fiebig sind wegen Ermordung von zwei amerikanischen Piloten in Landsberg durch Erhängen hingerichtet worden.

München. Der neue Staatskommissar für die politische Verwaltung, Otto Aster, wurde am 18. März 1946 als Sohn eines Fuhrwerksbesitzers in München geboren...

Berlin. Karl Garmez, ein Leiter der Berliner SPD-Opposition gegen die Verschmelzung der SPD und KPD, wurde aus der Partei ausgeschlossen...

Frankfurt. Die Kriegerverbände Nikolaus Fachinger und Heinrich Fiebig sind wegen Ermordung von zwei amerikanischen Piloten in Landsberg durch Erhängen hingerichtet worden.

München. Der neue Staatskommissar für die politische Verwaltung, Otto Aster, wurde am 18. März 1946 als Sohn eines Fuhrwerksbesitzers in München geboren...

Berlin. Karl Garmez, ein Leiter der Berliner SPD-Opposition gegen die Verschmelzung der SPD und KPD, wurde aus der Partei ausgeschlossen...

Samstag, 5. April 1946

Badische Neueste Nachrichten

Karlsruher SPIEGEL

Nachklang zum 4. April 1945

Wie im Traum erinnern wir uns an die Episoden der ersten Besetzung vor einem Jahr, als den ersten noch Glaubensbereiten der letzte Hoffnungs...

Organisation gewissermaßen aus dem Nichts heraus zu beginnen, und hat auch schon Aufgabengebiete wie: örtliche Erholungsfürsorge, Nähtuben sowie...

Achtung! Metallarbeiter von Karlsruhe und Umrahm

Am Samstag, den 6. April 1946, nachmittags 15 Uhr, findet im Zierler-Saal, Baumeisterstraße...

Keine brachliegenden Grundstücke

Die Not der Zeit gebietet mehr denn je, jeden Anfall in der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Erzeugung zu vermeiden. Es darf nicht kommen...

Wer tauscht?

Ein neues Zeitalter ist anbrechendes und mit ihm der Tausch. Ob moralisch oder nicht, danach frägt man wenig. Hauptsache ist, man hat. Wer zwei hat...

Es fiel uns auf...

... daß die Altbahn (DEBG) und die Stadt, Straßenbahn Karlsruhe es noch nicht fertig gebracht haben, eine frühere, eigene Gemeinschaftsverkehr und Gemeinschaftstarif einzuführen...

Hoff der Herzen und Händel

Zu den Einrückungen, deren Tätigkeit 1933 lahmgelegt, und deren Vermögen und Liegenenschaften durch den Nationalsozialismus stillschweigend kassiert wurden...

Linienführung der Straßenbahn

Es ist Tatsache, daß die Wagen mancher Linien nur auf kurze Strecken benötigt werden, weil die rechte Wagen zum Ziel fehlen. Mancher Fahrgast wartet lieber einige Minuten länger, wenn er dafür ohne umzustiegen, ebenso rasch sein Ziel...

Eine neue Seifenkarte

Ab 4. April 1946 tritt folgende Neuordnung in der Abgabe von Seife und Waschmittel an alle Normalverbraucher des amerikanischen Besatzungsgebietes in Kraft...

Beratungsstelle für alle

Vor zwei Monaten richtete die Karlsruher Katholische Arbeitsgemeinschaft im zweiten Stock des Hauses 'Kettler' am Bahnhofplatz eine Beratungsstelle für alle ein...

Kriegsgefangenenpost aus der UdSSR

Hinsichtlich des Nachrichtenverkehrs der deutschen Bevölkerung mit deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion ist geordnet worden, daß in den Fällen, in denen die amtliche Doppelkarte ohne Antwort in Deutschland eingeht...

Beschränkte Bierherstellung

Die Abteilung Landwirtschaft und Ernährung des Wirtschaftsministeriums Württemberg/Baden hat, wie bereits berichtet wurde, im Hinblick auf die augenblicklichen Ernährungsschwierigkeiten...

Die städtischen Finanzen - ein Zahlenbild der Kriegsfolgen

Karlsruher Voranschlag 1945/46

Die Landesverwaltung erfolgt, steht noch nicht fest. Auch das Fürgewesen weist eine steigende Tendenz auf. Zu all dem kommen die regulären Aufwendungen, die gegenüber demjenigen vorhergehender Jahre nicht geringer geworden sind...

Badische Umschau

Internationaler Postverkehr ab 1. 4. 1946

Ab 1. 4. 1946 sind im Verkehr mit dem Ausland zugelassen: a) gewöhnliche, unbehaltene Postkarten; b) gewöhnliche Briefe bis 20 g. Nach Japan und Spanien und ihren Nebenbesetzen sind jedoch unbehaltene Postkarten zugelassen...

Eisenbahnunglück im Mannheimer Hauptbahnhof

Mannheim, 4. April. (DANA) Bei einem Eisenbahnunglück im Mannheimer Hauptbahnhof wurde 18 Reisende schwer und 14 leicht verletzt. Zwei Personen erlitten ihren Verletzungen nach der Einlieferung ins Krankenhaus. Eine Rangierlokomotive war in die Flanke gefahren...

Betreuung Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener

Auf Anordnung der Militärregierung werden die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen der Kreise Rastatt, Baden-Baden und Bühl ab 1. April 1946 dem Versorgungsamt Freiburg i. Br. zugeteilt. Ebenso wird die Zahlung von Ruhegehältern u. a. die bisher vom Versorgungsamt Karlsruhe gezahlt wurden...

SPORT

Kreistag Karlsruhe des Bad. Sportverbandes

Zusammen mit den übrigen Nordbadischen Kreisen hat für kommenden Sonntag, 7. April 1946, auch der Kreis Karlsruhe zu seinem 1946. Kreistag eingeladen. Teilnahmeberechtigt sind außer den Mitarbeitern, die bis 1. April 1946 in der Kreisverwaltung vorläufig zugelassen sind...

Wettervorhersage

Veränderlich und im ganzen etwas kühler. Wetterübersicht: Mit dem Eindringen etwas feuchter Luftmassen in Mitteleuropa hat das Wetter am Sonntag Frühlingwetter der letzten Wochen sein warmes Unterbild erhalten. Eine endgültige Umstellung auf unfriedliches Aprilwetter ist aber zurzeit noch nicht wünschenswert...

Rheinwasserstände

5. April: Konstanz 326 (+8), Breisach 202 (-2), Maxau 63 (+3), Mannheim-Rh. 325 (-4), Mannheim-Neck. 329 (+1), J.E.-e.

DAS WORT DER FRAU

Frau und Politik

In der sehr gut besuchten öffentlichen Frauenversammlung der Sozialdemokratischen Partei am 24. März 1946, in Karlsruhe, sprach die Leiterin der Frauenliga für Frieden und Freiheit, Mitglied des Landesvorstandes der SPD Württemberg-Baden, Anna Haax, Stuttgart, über 'Frauen und Politik'...

Für den Frieden

Am Mittwoch vergangener Woche hatte die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Gruppe Stuttgart, zu einer öffentlichen Versammlung in Stuttgart aufgerufen. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Auch das 'stärkere Geschlecht' war vertreten. Frau Anna Haax, die Vorsitzende der Gruppe Württemberg-Baden der Liga, stellte den Frauen vor Augen, wie groß ihre Macht ist, wenn sie alle zusammenstehen...

Der Reißwolf ist ein gutes Tier er macht aus Lumpen Kleider dir!

Und so, wie er hier dargestellt ist, sieht ihn unser Zeichner. Zum Reißwolf werden alle Lumpen gebracht. Sie sind sein tägliches 'Brot'. Er hat ein großes Maul mit vielen scharfen Zähnen. In seinem Bauch ist ein Radwerk. Damit zerreißt er alle alten Lumpen, zu Reißwolle die wollenen Lumpen und zu Reißbaumwolle die Kattunlumpen. Aus dieser Reißwolle und Reißbaumwolle werden dann Garne gesponnen, aus denen die neuen Stoffe entstehen...



Nürnberg Prozeß

Keitel offenbart erschütternde Charakterlosigkeit

Er lehnte Befehle ab - und richtete sich nach ihnen! - „Hilferufe“ Mussolinis an Hitler

(Fortsetzung von Seite 1)

Generalabstimmungskongress seien darauf aus, Material über die deutschen Pläne in die Hand zu bekommen.

Nachdem Keitel eine ausführliche Erklärung über den Inhalt des Reichsverteidigungsgesetzes vom September 1938 und die Erweiterungen und Ergänzungen, die dieses Gesetz gegenüber dem rechen Reichsverteidigungsgesetz vom Jahre 1935 enthält, abgegeben hatte, wurde er von dem Gericht befragt, sich etwas kürzer zu fassen.

Dr. Neltes fragte Keitel, wozu das sogenannte Dreierkollegium geschaffen worden sei, das auf Generalvollmachten für die Verwaltung und für die Wirtschaft und aus dem Chef des OKW bestand. Keitel erklärte: „Diese Stellen waren dazu beauftragt, jederzeit die fertigen Verordnungen im Kriegsfall auf den verschiedenen Gegenständen in Kraft treten sollten, in ihren Schlußdelen zu haben.“

Wenige Minuten später sagte Keitel jedoch aus, daß der Reichsverteidigungsausschuß sich niemals mit der Planung oder Erwirkung von Kriegen befaßt habe.

Keitel machte sich keine Gedanken.

Auf die Fragen Dr. Neltes nach Keitels Beteiligung an der Vorbereitung und Planung von Angriffskriegen gegen Frankreich und die Niederlande, die Keitel bestritt, wurden diese Fragen keine Gedanken gemacht und habe als Berufsfaule sein Eigenleben verloren und aufgegeben. „Der Soldat kann verlangen, daß er seiner Führung vertrauen kann“, erklärte er, „bald als Chef des Oberkommandos der deutschen Wehrmacht.“ „Dementsprechend habe ich gehandelt.“

Zu Hitlers Plänen zur Aufrüstung und Aggression vom Februar 33 bis 39, führte Keitel aus: „Es war nicht schon klar, daß wir mit dem Reichsverteidigungsgesetz von einer anderen Steuerung und der militärische Faktor eine andere Berücksichtigung fände, so daß wir es erlich bedachten, daß in der Spitze der Regierung nun ein Mann stand, der uns aus unseren immerlichen Zuständen hinausführte.“

Keitel erklärte weiter, daß er sich seit 1935 keine Gedanken mehr über eine Verletzung des Versailler Vertrages gemacht habe, da er mit der Umformung des Heeres so beschäftigt gewesen sei, daß er über Angriffspläne nichts erfahren habe. Er habe nur über die militärische Seite, territoriale Fragen nachgehört, unterrichtet gewesen sei.

Ueber die Anweisung zu Mobilisierungsvorbereitungen vom Juli 35 äußerte sich Keitel: „Wir waren sehr zufrieden, daß man endlich anfing, der Wehrmacht zu zeigen, womit sie sich zeitig oder sonst zu befassen habe.“

Hitler habe ihm im Frühjahr 1938 „Gedanken über die Vorbereitung eines bewaffneten Konfliktes mit der Tschechoslowakei“ mitgeteilt, erklärte Keitel in der Donnerstag-Morgenstunde. Diese Mitteilung sei ihm völlig überraschend gekommen und er sei nicht in der Lage gewesen, sich zu äußern. „Das deutsche Volk hat so viele unglückliche Stunden erduldet, daß es Zeit ist, diesem Schrecken ein Ende zu machen.“

Keitels angeblicher Versuch zur Kriegerklärung

Wie aus Keitels Aussagen hervorgeht, habe er sich bemüht, Hitler davon zu überzeugen, daß der Krieg gegen Rußland ein überflüssiges militärisches Kräfteverhältnis unterbrähe. Er habe Hitler gebeten, dem Angriff auf Rußland, dem „Präventivkrieg“, wie er ihn nannte, wenigstens ein Ultimatum an Moskau voranzuschicken, um dadurch eine Basis für den Angriff zu haben. Dies sei die Absicht von Hitler abgelehnt worden.

Hitler habe ihm erklärt, so führte Keitel weiter aus, daß er die in einer Denkschrift niedergelegten Gedanken über die militärische Unterabteilung des Krieges gegen Rußland als falsch ablehne. „Keitel habe daraufhin erneut um seinen Abschied nachgesucht, was Hitler jedoch wiederum abgelehnt habe.“

Während seines Besuches bei Ribbentrop in dessen Landhaus in Fuschl habe er den Außenminister gebeten, ihn außenpolitisch bei seinen Bestrebungen zu unterstützen und Hitler zu beeinflussen, den Krieg zu vermeiden. Auch das sei ohne Erfolg geblieben.

Hitlers „unwissender“ Gefolgsmann

Die Vorbereitungen für den deutschen Angriff auf Norwegen hätten bereits im Oktober 39 begonnen, sagte Keitel im weiteren Verlauf des Verhörs zu. Hitler habe damals einen Sonderstab „zum Studium der Probleme einer Besetzung Norwegens“ eingerichtet, mit dem Keitel aber nichts zu tun gehabt hätte.

Von Vermittlungsversuchen des Schweden Dahlerus, von den britischen Interventionen zu Beginn des Krieges und von allen anderen Bemühungen ausländischer Staatsmänner, den Krieg zu vermeiden oder ihn in den ersten Septembertagen 39 vor einer Ausdehnung zu bewahren, will Keitel erst im Laufe des Prozesses mit einem Einzelnen der anderen Generale, so behauptete er, hätten nichts davon gewußt.

Im Verlauf des Verhörs am Donnerstagmorgen bestätigte Keitel, daß Hitler vor dem Überfall auf Polen, Admiral Canaris mit der Beschaffung politischer Uniformen beauftragt und daß sowohl Canaris als auch er selbst sich vollständig über den illegalen Zweck dieser Aktion im Klaren waren.

Keitel behauptete weiter, er habe erlaubt, daß auch im Falle Polen die militärischen Druckmittel des Reichs spielen könnten wie in München, und er habe mit einer Lösung auf dem Verhandlungsweg gerechnet.

Die Frage Dr. Neltes, ob ihm bekannt sei, daß Hitler schon im Herbst 38 den Krieg gegen Polen plante, verneinte Keitel, daß aber zu, damals mit Hitler die deutschen Absichten zu diskutieren, die Ostfrage inspiert zu haben. Im weiteren Verlauf des Verhörs gab Keitel ferner zu, daß Hitler damals schon die Annexion Danzigs durch einen Handstreich plante. Es sei wohl auch mit einem Krieg gegen Polen gerechnet worden. Hitler hätte ihm aber gesagt, er reichte nicht mit einem Einzelnen der Westmächte rechner, da diese nicht besonders an den Ostländern interessiert seien.

Aus militärischen Erwägungen heraus hätten er und Brauditsch, so führte Keitel weiter aus, einem Krieg mit Polen ablehnend gegenüber gestanden. Er habe erlaubt, daß Deutschland für einen Krieg noch nicht genügend vorbereitet gewesen sei.

Auf die Frage Dr. Neltes, ob er nach der Zusammenkunft zwischen Hitler und den Generalen am 30. Mai 1939 erlaubt habe, daß es zu einem Krieg kommen werde, antwortete Keitel: „Nein“. Ich habe in vielleicht etwas harmloser Form, daß die Verhandlungen wie im Falle München wiederholen würden.“

In den kritischen Tagen des August 39 sei er immer nur für kurze Augenblicke in der Reichskanzlei gewesen, behauptete Keitel. Hitler habe ihn auch von den Forderungen an Polen erzählt. Die Zwischenfälle seien jedoch dabei nicht erörtert worden.

Keitel entwarf Angriffspläne für Holland und Belgien

Keitel gab schließlich zu, die Pläne für einen Angriff auf Belgien und Holland wurde ausgearbeitet zu haben. Der Befehl zum Angriff wurde von Hitler jedoch bis zum Frühjahr 1940 zurückgehalten, da er, wie Keitel erklärte, immer hoffte, „das Problem werde sich durch eine Neutralitätsverpflichtung seitens der Westmächte automatisch lösen.“ Die Pläne zu diesem Angriff seien von Hitler außerordentlich geheimgehalten worden, da er auf Grund der engen Beziehungen zwischen dem belgischen und italienischen Königshaus eine Indiskretion befürchtete.

Die Frage Dr. Neltes, ob er Hitlers zahlreiche Zusicherungen, er werde die Unverletzlichkeit der neutralen Staaten achten, für erlich gehalten habe,

belehnte Keitel. Er habe erlaubt, daß der Krieg sich auf Polen beschränken würde, da Hitler am Ende des Polenfeldzuges in einer Reichstagsrede die Möglichkeit von Verhandlungen mit England angedeutet. Erstamten zehrschritt, daß Frankreich und England nicht während des Polenfeldzuges im Westen angegriffen würden. Die deutschen Kräfte am Westwall seien außerordentlich gering gewesen, und ein französischer Angriff wäre auf keine nennenswerte Abwehr gestoßen.

Hitlers falsche Kalkulation

Da die Westmächte, diese strategisch zünstige Lage nicht ausnutzten, habe Hitler ihm öfters erklärt, daß Polen für England und Frankreich kein wirkliches Interesse habe. Keitel habe deshalb gehofft, so erklärte er, man würde zu einem Friedensschluß kommen können.

Hitler sei jedoch der Ansicht gewesen, daß man noch im Winter 39/40 zum Angriff im Westen vorzugehen müsse und befaß den Aufmarsch der deutschen Truppen in 1. Linie an der unbesetzten holländischen und belgischen Grenze. Keitel erklärte weiter, daß er immer geglaubt habe, Belgien werde seine Neutralität unbedeutend wehren wollen. Hitler habe eher „unkontrollierbaren Gerüchten“ Glauben geschenkt, die von der Gefahr einer englisch-belgischen Zusammenarbeit sprachen. Hitler habe deshalb zum Angriff im Westen gedrängt, während er und der ehemalige Oberbefehlshaber des Heeres Walter von Brauditsch wenigstens bis zum Frühjahr warten wollten, bis ein Winterkrieg skeptischer gegenüberstünde. Er sei deshalb zu einer „ersten Krise“ zwischen Hitler und ihm gekommen, behauptete Keitel, und er habe um seine sofortige Entlassung gebeten. Die Hitler jedoch scharf abgelehnt habe. Von diesem Zeitpunkt an sei das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und Hitler „total zerbrochen“ gewesen.

von Kluge: „Es gab keine Erfolgshancen“

Ein Abschiedsbrief, den Feldmarschall Günther v. Kluge, der Oberkommandierende der deutschen Armeegruppe in der Schlacht in der Normandie vor seinem Selbstmord an Hitler gerichtet hat, wirft diesem das Mißlingen des Versuchs vor, die Invasion der Alliierten aufzuhalten und beschwört ihn, den Krieg zu beenden. Kluge hat den Brief am 18. August 1944 geschrieben, nachdem er nach dem vergeblichen deutschen Versuch, den Durchbruch General Pattons aufzuhalten, seines Postens entbunden worden war. Der Brief wurde von einem Offizier des britischen Sicherheitsdienstes gefunden. Kluge schreibt an Hitler, daß es seinen Truppen unmöglich sei, den Durchbruch bei Avranches abzuwehren, weil es ihm an Waffen mangete und die alliierte Land- und Luftüberlegenheit übermächtig war. „Da gab es keine Erfolgshancen“, schreibt Kluge an Hitler, „die belagerten Angriffe bewirkten nur, daß die Lage an allen Abschnitten noch schlimmer wurde.“ Der Brief enthält Kluges angespanntes Verhältnis zum neuernannten Generalstabschef Feldmarschall Guderian. Er fährt fort: „Ich konnte ihm nicht näherkommen, und so gelang es mir nicht, die Panzerunterstützung für den Westen zu bekommen, die notwendig war.“

Nachdem Kluge der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß sein Nachfolger mehr Erfolg haben würde, schreibt er: „Sollte es nicht sein, führt Hitler, entschuldigen Sie sich, den Krieg zu beenden. Das deutsche Volk hat so viele unglückliche Stunden erduldet, daß es Zeit ist, diesem Schrecken ein Ende zu machen.“

Im weiteren Verlauf des Verhörs sagte Keitel aus, Deutschland sei völlig gegen seinen Willen den Balkankrieg hineingezogen worden. Mussolini habe den Angriff auf Griechenland begonnen und da er ihn nicht alleine zu Ende führen konnte, habe er schon im November 1940 zahlreiche „Hilferufe“ an Hitler gerichtet. Deutschland habe daraufhin einen Entlastungsangriff von Norden beschlossen. Keitel fügte hinzu, daß ihm der Angriff auf Jugoslawien völlig überraschend gekommen sei. Der Angriff sei auch gänzlich „improvisiert“ durchgeführt worden.

Der „Nacht- und Nebel-Erlass“

Auf Aufforderung Dr. Neltes erklärte Keitel in der Donnerstag-Sitzung:

„Es ist mir völlig klar, daß die Verbindung meines Namens mit dem sogenannten Nacht- und Nebel-Erlass vom 7. Dezember 1941 eine starke Belastung für mich darstellt, wieweil ich es auch ein Führerlebnis ist.“

Zu Beginn der Verhandlung bestätigte Keitel eine von ihm selbst gegebene schriftliche eidesstattliche Erklärung, derzufolge die SS seit Beginn des Krieges im Osten die Befehlshaber der Wehrmacht innerhalb des Reiches geworden sei. In dem Bericht heißt es weiter, Keitel und seine Mitarbeiter hätten keine Einsicht in die Vollmachten Himmlers gehabt und Himmler und Heydrich hätten die Rechtsprechung über Leben und Tod in den besetzten Ländern an sich gezogen.

Im Verlaufe des Verhörs erklärte Keitel, daß der „Nacht- und Nebel-Erlass“ zweifellos „äußerst gefährlich“ gewesen sei und nicht seinem Rechtsverständnis entsprochen habe. Allerdings habe er die „ungehörliche Tragik“, die aus diesem Befehl entspringe, damals nicht ahnen können, sich auch erstens nicht darüber gemacht, daß die „Nacht- und Nebel-Erlass“ der Gestapo übergeben wurden, da er diese für ein „normales Polizeiergänz“ gehalten habe.

Im weiteren Verlauf des Verhörs erklärte Keitel, die deutsche Armeeführung sei bei ihrer Planung im wesentlichen von zwei Gesichtspunkten ausgegangen. Erstens sollten unter allen Umständen, daß die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg einträten und zweitens habe man gehofft, Japan werde der Sowjetunion den Krieg erklären.

Gerichtsvorverfahren zu langwierig

Keitel zu, bei der Abfassung derjenigen „Heeresdruckschriften“ mitgewirkt zu haben, die

in Zusammenhang mit den Besprechungen Molotows in Berlin im Jahre 1940 über deren Ausgang Hitler enttäuscht war, habe er, erklärte Keitel weiter, den Vorkrieg gemacht. Hitler solle persönlich mit Stalin verhandeln.

Krieg ohne Völkerrecht und Gerichtsbarkeit

„Hitler nannte den Krieg mit Rußland den Entschuldigungskampf zwischen 2 Weltanschauungen“, sagte Keitel auf die Frage nach der Besprechung, die am 14. Juni 1941, also eine Woche vor dem Angriff auf Rußland, mit dem Oberbefehlshaber stattfand. Hitler habe weiter gesagt, so fuhr Keitel fort, daß dieser Krieg mit völkerrechtlichen Mitteln nicht geführt werden könne, daß die Gerichtsbarkeit ausgeschaltet und jeder Widerstand mit den brutalsten Maßnahmen niedergeschlagen werden müsse. Auf die Frage Dr. Neltes, ob Keitel gegen diese Anweisungen Vorstellungen gemacht oder sie durch Einwürfe erhoben habe, antwortete Keitel: „Nein, ich habe keine Vorstellungen erhoben. Es ist mir auch nicht bekannt, ob sich andere Generale an den Führer gewandt haben. Es ist jedenfalls nach dieser Besprechung nichts mehr zusehen.“

Keitel hatte vorher erklärt, daß er sich Anfang März 41 darüber klarwerden sei, daß Hitler entschlossen war, die Sowjetunion anzugreifen. Der Angriff hätte Mitte Mai erfolgen sollen und Mitte März hätte die Entscheidung über den Eisenbahnangriff getroffen werden müssen. Es sei ihm klar gewesen, so sagte Keitel in diesem Zusammenhang weiter, daß mit dem Fatschich im Krieg gegen Rußland, da sie einem Winterkrieg der Kriegführung angewandt würden. Keitel nannte dabei die geplante Ausplünderung der besetzten Gebiete, die Bildung der Reichskommissariate und erwähnte ebenfalls die völkerrechtlichen Verträge. Es sei beschlossen worden, dem Reichsführer SS Himmler für die ganzen politischen Aktionen, die in später bekannt geworden seien, umfassende Vollmacht zuzuerkennen. Er habe sich dagegen gewehrt, behauptete Keitel. Er könne allerdings keinen anderen Zeugen dafür nennen, als Generaloberst Jodl.

Im weiteren Verlauf des Verhörs sagte Keitel aus, Deutschland sei völlig gegen seinen Willen den Balkankrieg hineingezogen worden. Mussolini habe den Angriff auf Griechenland begonnen und da er ihn nicht alleine zu Ende führen konnte, habe er schon im November 1940 zahlreiche „Hilferufe“ an Hitler gerichtet. Deutschland habe daraufhin einen Entlastungsangriff von Norden beschlossen. Keitel fügte hinzu, daß ihm der Angriff auf Jugoslawien völlig überraschend gekommen sei. Der Angriff sei auch gänzlich „improvisiert“ durchgeführt worden.

Der „Nacht- und Nebel-Erlass“

Auf Aufforderung Dr. Neltes erklärte Keitel in der Donnerstag-Sitzung:

„Es ist mir völlig klar, daß die Verbindung meines Namens mit dem sogenannten Nacht- und Nebel-Erlass vom 7. Dezember 1941 eine starke Belastung für mich darstellt, wieweil ich es auch ein Führerlebnis ist.“

Zu Beginn der Verhandlung bestätigte Keitel eine von ihm selbst gegebene schriftliche eidesstattliche Erklärung, derzufolge die SS seit Beginn des Krieges im Osten die Befehlshaber der Wehrmacht innerhalb des Reiches geworden sei. In dem Bericht heißt es weiter, Keitel und seine Mitarbeiter hätten keine Einsicht in die Vollmachten Himmlers gehabt und Himmler und Heydrich hätten die Rechtsprechung über Leben und Tod in den besetzten Ländern an sich gezogen.

Im Verlaufe des Verhörs erklärte Keitel, daß der „Nacht- und Nebel-Erlass“ zweifellos „äußerst gefährlich“ gewesen sei und nicht seinem Rechtsverständnis entsprochen habe. Allerdings habe er die „ungehörliche Tragik“, die aus diesem Befehl entspringe, damals nicht ahnen können, sich auch erstens nicht darüber gemacht, daß die „Nacht- und Nebel-Erlass“ der Gestapo übergeben wurden, da er diese für ein „normales Polizeiergänz“ gehalten habe.

Im weiteren Verlauf des Verhörs erklärte Keitel, die deutsche Armeeführung sei bei ihrer Planung im wesentlichen von zwei Gesichtspunkten ausgegangen. Erstens sollten unter allen Umständen, daß die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg einträten und zweitens habe man gehofft, Japan werde der Sowjetunion den Krieg erklären.

Gerichtsvorverfahren zu langwierig

Keitel zu, bei der Abfassung derjenigen „Heeresdruckschriften“ mitgewirkt zu haben, die

jedem Regiments- oder selbständigen Bataillonskommandeur das Recht gab, Geiseln zu nehmen und das Schicksal dieser Geiseln den Generalen vom Divisionalkommandeur aufwärts zu überantworten. Auch der Befehl vom 16. September 1941 über die Niederwerfung kommunistischer Aufstandsbegehren in den besetzten Gebieten“ sei von ihm unterzeichnet worden. Er fügte jedoch hinzu, daß dieser Befehl durch persönlichen Einsatz Hitlers zustande gekommen sei. Das Geiselschicksal, das in demselben Monat geschäffen wurde, stamme jedoch nicht von ihm, und stehe auch in keinem Zusammenhang zu dem Befehl vom 16. September.

„Im Herbst 1941 und dem darauffolgenden Winter merhten sich die Aufstandsbegehren in den besetzten Gebieten“, so erklärte Keitel weiter. Als Hitler bei den Lachebesprechungen von dem Zusammenbruch der Fronten und Sabotage erfahren habe, er, um eine schnelle Befriedung des Landes zu erzielen, den Abtransport der Beschuldigten in kürzester Frist forderte, da die „langwierigen Gerichtsverfahren“ nicht hierzu geeignet seien.

Ueber die wachsende Aktivität der Widerstandsbegehren in den besetzten Gebieten sei Hitler sehr erregt gewesen. Hitler habe ihn mehrmals aufgefodert, drakonische Maßnahmen gegen Saboteure zu ergreifen. Keitel habe die Befehle erfüllt, habe er, um eine schnelle Befriedung des Landes zu erzielen, den Abtransport der Beschuldigten in kürzester Frist forderte, da die „langwierigen Gerichtsverfahren“ nicht hierzu geeignet seien.

Ueber die wachsende Aktivität der Widerstandsbegehren in den besetzten Gebieten sei Hitler sehr erregt gewesen. Hitler habe ihn mehrmals aufgefordert, drakonische Maßnahmen gegen Saboteure zu ergreifen. Keitel habe die Befehle erfüllt, habe er, um eine schnelle Befriedung des Landes zu erzielen, den Abtransport der Beschuldigten in kürzester Frist forderte, da die „langwierigen Gerichtsverfahren“ nicht hierzu geeignet seien.

Ueber die wachsende Aktivität der Widerstandsbegehren in den besetzten Gebieten sei Hitler sehr erregt gewesen. Hitler habe ihn mehrmals aufgefordert, drakonische Maßnahmen gegen Saboteure zu ergreifen. Keitel habe die Befehle erfüllt, habe er, um eine schnelle Befriedung des Landes zu erzielen, den Abtransport der Beschuldigten in kürzester Frist forderte, da die „langwierigen Gerichtsverfahren“ nicht hierzu geeignet seien.

Schließlich habe Hitler ihm den Befehl diktiert, die sofortige Freilassung sämtlicher Freiheitskämpfer, die in den besetzten Gebieten in deutsche Hände fielen, vorschlag. Keitel behauptete nochmals, er habe diese Maßnahme durchaus vorgezogen und fügte hinzu: „Da der Befehl nun einmal unterschrieben wurde, blieb uns nichts anderes übrig, als ihn anzunehmen.“ Er fügte hinzu, er habe auch alle Einzelheiten der Freilassung der Freiheitskämpfer, die sich gegen diesen Erlass wandten, abgelehnt.

Der ehemalige Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, wurde heute vom Gericht als

Entlastungszeuge für Kaltenbrunner

zugelassen. Höß, der am 8. März d. Js. in der Nähe von Flossenbürg verhaftet wurde, hatte nach seiner Vernehmung gestanden, daß er in Ausführung von Befehlen Himmlers zwischen Juli 1941 und Ende 1944 persönlich die Verfassung von zwei Millionen Menschen anordnet habe. Die Verteidigung Kaltenbrunners wird nach dem Ende der Verteidigung Keitels beginnen.

Schuschitz gegen Ribbentrops Aussage

Dr. v. Schuschitz beschäftigte sich in einer in Luzern gehaltenen Rede mit den Aussagen Ribbentrops im Nürnberger Prozeß über die Besprechungen zwischen Schuschitz und Hitler am 12. Februar 1942 in Berchtesgaden. Ribbentrop habe dann behauptet, daß Schuschitz den deutschen Vorschlägen von Anfang an zugestimmt hätte. Hierzu erklärte Schuschitz, er sei nach Berchtesgaden erst gereist, nachdem ihm die deutschen Behörden die Zusicherung gegeben hatten, Deutschland werde die Unabhängigkeit Österreichs nicht stützen, auch dann nicht, wenn die Verhandlungen scheitern sollten. Zu seiner größten Überraschung, erklärte Schuschitz weiter, sei Generalfeldmarschall Keitel bei den Besprechungen anwesend gewesen und Ribbentrop habe ihm ein Dokument mit den deutschen Vorschlägen übergeben. Ribbentrop habe dann erklärt, daß über diese Bedingungen nicht verhandelt werden könne und daß die deutsche Armee in Österreich einmarschieren würde, wenn Schuschitz den Bedingungen nicht zustimmte.

Hitlers Privatskretärin verhaftet

Die Privatskretärin Hitlers, Marie Thelma Weichelt geb. Michel, wurde in Uettingen bei Würzburg im Hause des ehemaligen Ortsgruppenleiters Spaeth von amerikanischen Sicherheitsdiensten festgenommen und ins Gefängnis von Würzburg eingeliefert. Ihr Mann war SS-Obersturmführer im Führerhauptquartier der Väter bis zum Einmarsch der Amerikaner Reichardt in München. Nähere Einzelheiten wurden von amerikanischen Sicherheitsdiensten noch nicht bekannt gegeben.

Aus der Vorbereitung der Nazis

„Es war ein jüngstes Gericht“ - Menschen zum Vieh erniedrigt

Hamburg, 5. April. (DPA) Im April v. Js. bestand ein Befehl, alle gefährlichen Gegner des nationalsozialistischen Systems hinrichten zu lassen, sobald alliierte Truppen sich näherten, sagte der Hauptangeklagte Max Paul, im Kriegsverbrecherprozeß von Neumagen, als er als Zeuge vernommen wurde.

Paul erklärte, der Befehl sei ihm in seiner Eigenschaft als Kommandant des Konzentrations- und Polizeilagers von Hamburg, Graf v. Basswitz-Baer, übermittelt worden. Bei der Befolgung dieses Befehls hätten alle politischen Häftlinge der Neumagen vor der Evaluierung des Lagers getötet werden müssen. Er habe diesen klaren Befehl seines Vorgesetzten nicht beweist ausgeführt.

Er erklärte, im Sommer 1944 hätten sich die Verhältnisse im KZ-Neumagen infolge des deutschen Rückzuges im Osten und Westens dramatisch verschlechtert, weil immer mehr Häftlinge ins Lager geschickt worden seien. „Derartige Wellen von Verurteilten und verurteilten Massen konnten nicht so versorgt werden, wie es hätte sein müssen, da sie meist kurz hintereinander eintrafen. Die Verhältnisse sind mir und meinen Untergebenen über den Kopf gewachsen.“

Zu dem von einem Zeugen gemachten Vorwurf, daß er sich große Mengen von Zigaretten, Kaffee, Schokolade und Tee aus Rote-Kreuz-Paketen für die Häftlinge angeeignet habe, äußerte Paul, daß er weder er selbst noch seine Familie etwas davon bekommen hätten. Die Tuberikulose-Versuche an Kindern, so sagte der ehemalige Kommandant, seien ein rein ärztliche Ansehenheit gewesen. Die Versuche seien von SS-Obergruppenführer Pohl befohlen worden und Prof. Heißmeyer aus Berlin habe sie geleitet.

Kugelaktion in Mauthausen

Dachau, 5. April. (DANA) „Nie in meinem Leben werde ich den Moment vergessen, als am 5. Mai 1945, um 13.15 Uhr, fünf amerikanische Panzer vor dem Schlagbaum des Konzentrationslagers Mauthausen standen“, sagte der Zeuge Professor Blaislaw Busak im Prozeß gegen 61 ehemalige Angehörige des Stabes des Konzentrationslagers Mauthausen.

„Hundert und später Tausende“, so fuhr der Zeuge fort, „stürzten durch das Tor des Konzentrationslagers hinaus auf das Sportfeld. Es war grauenvoll, anzusehen, wie Gefangene ohne Arme oder Beine und andere, die vor Entkräftung nur noch kriechen konnten, sich wie Tiere auf das Tor zu bewegen. Wie Bienenschwärme hingun sie an den Panzern. Es war anzuschauen, wie der Tag des Jüngsten Gerichts.“

Der Zeuge gab einen Bericht, wie er und seine Mitgefängnisse im Krankenrevier dazu gezwungen

wurden sollten. Listen von Kranken aufzustellen, die verzagt werden müßten. Sie weigerten sich, diesen Befehl auszuführen. „Wir haben dadurch Tausenden das Leben zerretzt“, erklärte der Zeuge.

Der französische Zeuge Maurice Lampe schilderte dem Gericht die sogenannte „Kugelaktion“, die die Aktion zur Zerstörung von durch die „Elite“ eingerichtet worden. Im September 1944 wurden 50 russische Offiziere an der Bunkerwand aufgestellt. Sie wurden der Reihe nach in einen in der Nähe gelegenen Keller geführt. Ich hörte dann nur noch die einzelnen Schüsse.“

Der französische Zeuge Frederic Ricol sagte aus, daß der Anzeigte Spatenzer den Befehl über ein Kommando hatte, das im September 1944 an zwei aufeinanderfolgenden Tagen 21 bzw. 26 britische, amerikanische ein selbständiges Fallschirmtruppe, Ernest Schmelzlin, bekundete, daß er von dem Angeklagten Müller getötet wurde. Müller war Chef der politischen Abteilung des Lagers, auch Kugelaktion der Anzeigte einem Gefangenen Splitter in die Fingerknie steckte.

Handel mit Menschenhüuten

Sodann wurde die Vernehmung des Zeugen Ernst Schmeling fortgesetzt. Als Leiter eines „Massenzugkommandos“ hat Schmeling im April 1945 gesehen, wie 200 kranke Juden von einer Anzahl SS-Leuten und den beiden Conz Frey und Meißner erschlagen wurden. Am nächsten Tag mußte er die Erschlagenen begraben. Das „Massenzugkommando“ wurde im Februar 1945 aufgestellt. Es wurden vier Gräber geschauft und bierin 10.422 Leichen begraben. Bei allen Leichen war der Tod durch Verätzung, Vergewaltigung usw. hervorgerufen worden. Zwischen den Leichen befanden sich auch noch einige lebende Häftlinge. Der Zeuge berichtet von einem Fall, wo er drei Häftlinge, die noch am Leben waren, mit einem Wagen zum Lazer zurückbringen wollte. Er bat den Anzeigten Trum um einen Wagen, wurde aber mit den Worten: „Wissen Sie nicht, was in einem solchen Fall zu tun ist?“ abgewiesen. Der Anzeigte Zutter sagte zum Zeugen: „Wir haben für solche Sachen keine Zeit. Die Kerle werden ungesund und erschossen.“ Der Befehl wurde von dem Postenführer befolgt.

Im April 1945 wurde eine Gruppe amerikanischer Flieger unter Bewachung von SS-Leuten, unter mußten sich an die Wand stellen und wurden mit einem Pistolenknall erschlagen. Ein Flieger wurde so lange mißhandelt, bis er zusammenbrach. Andere wurden mit Peitschen und Stöcken erschlagen. Schmeling konnte über das weitere Schicksal der Amerikaner keine Auskunft geben.

Im weiteren Verlauf seiner Aussage berichtete er über die Ankunft eines 500 Mann starken Transportes. Die Ankommlinge mußten sich entkleiden und wurden dann mit Feuerschloßchen bespritzt. Er

habe sie einen Tag später erforschen wiederzusehen. Diejenigen, die nicht lebten, wurden von einigen SS-Leuten mit Axten, Eisenstäben usw. erschlagen. Auch der Anzeigte Eisenmeier war daran beteiligt.

Nach seinen Aussagen mußte sich der Zeuge dem Kriegsverbrecher durch die Verteidigung unterworfen. Er bekundete, daß er als Kriegsbote nach Buchenwald kam und später in Mauthausen als „Krimineller“ bezeichnet wurde.

Als nächster Zeuge betrat der Oesterreicher Hans Marsalek den Zeuchenzustand. Er kam im September 1942 nach Mauthausen, weil er 1938 von der damaligen Wehrmacht desertierte.

Dr. Anthony Gosciniak, ein Pole, der als Häftlingsträger in Gusen tätig war, erklärte, daß ein großer Handel mit menschlichen Hüuten bestand. Der Anzeigte Krebsbach befahl, daß zwei völlig kranke Gefangene ausgewählt und getötet wurden, um die Haut der Gefangenen zu erhalten. Der Zeuge erkannte auch den SS-Doktor Friedrich Entfell, der an dem Handel mit Menschenhäuten beteiligt war.

Kindermörder zum Tod verurteilt

Braunschweig, 5. April. (DPA) Der ehemalige Kreisleiter der NSDAP in Helmstedt, Heinrich Gerike, und der Abteilungsleiter bei der Kreisleitung, Georg Heßling, wurden von dem britischen Militärgericht in Braunschweig zum Tode durch den Strang verurteilt. Die Verurteilten waren angeklagt, durch willkürliche Vernichtung den Tod von 91 polnischen Kindern im Kinderheim Velpe verschuldet zu haben. Die frühere Leiterin des Kinderheimes, Frau Valentin Bilien, wurde zu 10 Jahren Zuchthaus, weil er 1938 von dem Zeuge zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Synagogen-Brandstifter vor Gericht

Wiesbaden, 5. April. (DANA) Gegen die ehemaligen Nazifunktionäre P. L. K. a. r. d. (SA-Obersturmführer), Robert N. S. K. F. (L. F. a. r. d. politischer Leiter), und H. a. b. e. r. l. e. (SA-Mann), aus Wiesbaden-Schierstein, begann vor dem Landgericht Wiesbaden am 2. April der Prozeß wegen Brandstiftung an der Synagoge in Schierstein in Tateinheit mit Landfriedensbruch in der Nacht des 10. November 1938. Im Verlaufe des zweiten Verhandlungstages wurde der Belastungszeuge Werner an der Verteidigung unter Meineidverdacht im Gerichtssaal festgenommen.

Im Prozeß gegen die Synagogenbrandstifter vom 10. Nov. 1938 aus Wiesbaden-Schierstein vor dem Landgericht Wiesbaden beantragte der Oberstaatsanwalt in der Donnerstagsitzung gegen den ehemaligen SA-Obersturmführer P. L. K. a. r. d. sieben Jahre Zuchthaus. P. L. K. a. r. d. war der Rädelführer der Brandstifter. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch und Beihilfe zu schwerer Brandstiftung. Gegen den ehemaligen SA-Mann H. a. b. e. r. l. e. wurde als Rädelführer anzusehen und als Gehilfe bei der Brandstiftung fungierte, wurde Antrag auf ein Jahr Zuchthaus gestellt. Gegen den früheren Politischen Leiter Bill beantragte die Oberstaatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von neun Monaten wegen Beihilfe bei der Brandstiftung. Im Falle des Angeklagten ehemaligen NSK-Führers Albert plädierte er wegen erwiesener Unschuld auf Freispruch.

Das letzte Gefecht

Angesichts der in Basel durch die CSS veranstalteten Ausstellung, deren Ertrag eine Naturhilfe für deutsche antifaschistische Künstler bringen soll, verdient nachstehender Beitrag von Dr. Hans von Fischer, Präsident der CSS besondere Bedeutung:

„Spanien hat während dieses eines Kriegsjahres eine Entwicklung durchgemacht, die es vom mittelalterlichen Feudalstaat zum modernen Kulturstaat führte. Die spanische Volksfrontregierung und die riesige Aufbauarbeit wird erhalten bleiben, wenn es der Republik gelingt, Franco zu besiegen und die fremde Invasionsarmee aus dem Lande zu jagen. Wenn die fremden Eroberer den Sieg davon tragen, so wird Spanien das Schicksal eines Kolonialstaates mit ausländischen Konzessionen zur industriellen Ausbeutung seiner Bodenschätze erleiden. Die Geburt des wahren nationalen Spaniens ist nur möglich bei einem vollständigen Sieg der republikanischen Armee.“

Als ich im Jahre 1937 diese Worte am Ende einer Rede über den spanischen Bürgerkrieg sprach, waren nur wenige Menschen von ihrer Richtigkeit überzeugt.

Am 22. Februar 1946 meldet die Neue Zürcher Zeitung aus Madrid:

„Die Todesurteile gegen Garcia Gorda und Castro Rodriguez sowie gegen acht Misanthalten sind vollstreckt worden. In einer Bekanntmachung wird darauf hingewiesen, daß die Angeklagten im April 1945 heimlich nach Spanien gekommen seien und sich dort staatsfeindlich betätigt hätten.“

Das Todesurteil gegen Garcia hatte in weiten Kreisen, vor allem in Frankreich, großes Aufsehen erregt. In diplomatischen Kreisen hat die Bekanntmachung über die Vollstreckung des Urteils einen peinlichen Eindruck hervorgerufen. Gleichzeitige mit Garcia und Rodriguez wurden folgende Angeklagte hingerichtet: Francisco Esteban, Luis Fernandez de Avila Luna, Francisco Carrasco Sanchez, Gonzalo Gonzalez, Antonio Medina Vera, Joaquin Almazan Alonzo und Eduardo Pantoja Quijano. Entgegen den Bräuchen wurde die Unterzeichnung des Todesurteils durch General Franco nicht publiziert, obwohl man nach jeder Zusammenkunft des Kabinettsrates mit einer Bekanntmachung rechnete.“

Auch in nicht links stehenden Kreisen Europas haben heute Todesurteile gegen spanische Freiheitskämpfer zu empfinden Protesten.

In der Erkenntnis, daß humanitäre Arbeit auf engste mit politisch fortschrittlichem Denken verbunden sein muß, daß der Sinn jeden Fortschritts nur der sein kann, das Leben möglichst vieler Menschen lebenswert zu machen, wurde im Jahre 1937 in Paris ein halbes Jahr nach Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs die Centrale Sanitaire internationale gegründet.

Die Antifaschisten der ganzen Welt sahen damals klar als die Regierungen in London und in Washington, was auf dem Spiele stand. Einmal gab es auch in Spanien in die Front der Freiheitskämpfer einreichten Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk und der Schweizerische Arbeitersammlerstellten ihre Kräfte sofort der spanischen Republik zur Verfügung. Die Centrale Sanitaire Suisse wurde gegründet, um mit der Centrale Sanitaire internationale den Sanitätsdienst der spanischen republikanischen Armee aufzubauen. Zahlreiche Schweizer zögerten nicht, als Soldaten in die Reihen der spanischen Freiheitskämpfer zu treten. Eine damals mißverständliche Feindschaft zwischen ihnen über ihre Idee mit lauten Freiheitsrufen entzweiten. Heute hat man auch bei uns — leider sehr spät — begriffen, was damals in Spanien vor sich ging.

Im Oktober 1937 fuhr ich nach Spanien. Im Auto durchquerten wir die Pyrenäen. In Barcelona ließ die Unklarheit des ersten Luftangriff. „Eine Schule wurde zerstört“ notierte ich in meinem Tagebuch, viele Kinder sind verletzt, viele umgekommen. Die Morgenzeitungen bringen Genauer: 40 tote Kinder, ein ganzer Häuserblock zerstört, Hunderte von Verletzten. Das ist die Bilanz dieses „kleinen“ Bombardements aus großer Höhe. Barcelona hat zwei Millionen Einwohner, vierzig tote Kinder, es ist wenig und doch viel.“ ... Auch an Tote gewöhnt man sich...“

Die Lektüre meines Spanientagebuches wirkt heute noch wie ein Blitz aus der guten alten Zeit. Wir haben uns seither an Tote gewöhnt. 25 Millionen Tote sind das Resultat des zweiten Weltkrieges. Die vollständige Mißachtung des menschlichen Lebens.

Man sieht und findet die Schuldigen. Man glaubt, daß man durch Bestrafung aus der ganzen Europa zu machen kann. Man identifiziert ganze Länder und ganze Völker mit der Kriegsschuld. Kriegsverbrecherprozesse sind notwendig, sie sollen und müssen durchgeführt werden. Aber das genügt nicht. Die Menschen, die 1933 für mehr als ein Jahrzehnt im Konzentrationslager warteten, diejenigen, die 1936 aus aller Herren Länder nach Spanien eilten, um die bedrohte Freiheit zu verteidigen, diejenigen, die in Jugoslawien, Polen, Frankreich, Holland und Norwegen unterirdisch auf verlorenem Posten, in den Wäldern und im Gebirge kämpften, die Einsamen, die deshalb vielleicht die Mutigsten, die Kämpfer der stummen Front in Deutschland sind diejenigen, für welche die Volkspende für die Freiheit bestimmt ist.

Noch kämpft in Spanien eine kleine Schar auf schwerem Posten. Die spanischen Freiheitskämpfer von 1946 sind allein. Die Tragik der Geschichte will es, daß diejenigen, die als erste in Europa die Fahnen der Freiheit erhoben, heute das letzte Gefecht gegen den Faschismus liefern müssen.

Auch für sie ist die Volkspende für die Freiheit bestimmt.

denbruch und Beihilfe zu schwerer Brandstiftung. Gegen den ehemaligen SA-Mann H. a. b. e. r. l. e. wurde als Rädelführer anzusehen und als Gehilfe bei der Brandstiftung fungierte, wurde Antrag auf ein Jahr Zuchthaus gestellt. Gegen den früheren Politischen Leiter Bill beantragte die Oberstaatsanwaltschaft eine Gefängnisstrafe von neun Monaten wegen Beihilfe bei der Brandstiftung. Im Falle des Angeklagten ehemaligen NSK-Führers Albert plädierte er wegen erwiesener Unschuld auf Freispruch.

Kriegsverbrecherprozess Lidice

Prag, 5. April. (DANA) In der Verhandlung gegen den ehemaligen Staatsminister von Böhmen und Mähren, Paul Hermann Frank, im Prozeß Kriegsverbrecherprozesse, erklärte der Angeklagte: Die Plünderungen tschechischer Kunstschätze sei von Heydrich veranlaßt worden. Heydrich habe sich alle Werkzeuge beschafft, um das Gewölbe, das die böhmischen Kronjuwelen beherbergte, öffnen zu können.

Frank leugnete zuerst, von dem Schicksal der Kinder von Lidice gewußt zu haben. Später gestand Frank, er habe persönlich den Bericht über Zerstörung des tschechischen Dorfes Lidice gesehen.

Frank leugnete auch jegliche Mitschuld an dem Studentennord im November 1939. Der Anzeigte wurde jedoch einem Studenten namens Schubert gegenübergestellt, der aussagte, K. H. Frank habe ihn selbst im Gefängnis mißhandelt, kurz bevor seine Kameraden erschossen wurden.

Prozeß gegen Robert Wagner eröffnet

Straßburg, 5. April. (DANA) Der Prozeß gegen den ehemaligen Gauleiter des Elsaß, Robert Wagner, wird nach einer BBC-Meldung am 23. April eröffnet.

Insgesamt werden sich sechs Angeklagte vor dem Straßburger Militärgericht zu verantworten haben. Zwei weitere Angeklagte, unter denen sich der Präsident des Straßburger Sondergerichts befindet, werden in Abswesenheit abgerichtet werden.

Bis jetzt wurden von der Anklage 20 Belastungszeugen genannt. Die Angeklagten werden von deutschen Rechtsanwälten verteidigt werden, da alle französischen Rechtsanwälte die Verteidigung der Kriegsverbrecher ablehnten.

